

-
- **Birma lässt verurteilten US-Bürger frei**
 - **Militärjunta verlängert Hausarrest von Oppositionsführerin Suu Kyi**
-

Birma lässt verurteilten US-Bürger frei

Welt_17. August 2009

Birma hat den US-Amerikaner John William Yettaw freigelassen. Yettaw, der vor wenigen Tagen zu sieben Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt worden war, verließ das Land gestern nach Angaben der birmanischen Regierung an Bord einer Militärmaschine. Der Freigelassene wurde vom demokratischen US-Senator Jim Webb begleitet.

Bangkok - Birma hat den US-Amerikaner John William Yettaw freigelassen. Yettaw, der vor wenigen Tagen zu sieben Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt worden war, verließ das Land gestern nach Angaben der birmanischen Regierung an Bord einer Militärmaschine. Der Freigelassene wurde vom demokratischen US-Senator Jim Webb begleitet. Am Nachmittag landete das Flugzeug in der thailändischen Hauptstadt Bangkok. Webb hatte sich bei Birmas Militärjunta für die Freilassung Yettaws eingesetzt.

Der 53-jährige Yettaw war Mitangeklagter im Prozess gegen Birmas Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi. Anfang Mai war er über einen See zu dem schwer bewachten Anwesen Suu Kyis geschwommen. Der strenggläubige Mormone hatte ausgesagt, er habe die Friedensnobelpreisträgerin vor einem Mordanschlag warnen wollen. Gegen Suu Kyi selbst verhängte das Gericht weitere 18 Monate Hausarrest. Sie war beschuldigt worden, mit der kurzzeitigen Aufnahme des ungebetenen Besuchs gegen die Auflagen ihres bereits geltenden Arrestes verstoßen zu haben. Das Urteil stieß international auf massive Kritik. Am Samstag war US-Senator Webb in Birma mit Juntachef Than Shwe und Oppositionsführerin Suu Kyi zusammengetroffen.

Militärjunta verlängert Hausarrest von Oppositionsführerin Suu Kyi

Focus_11/08/09

Die birmanische Militärjunta hat den Hausarrest gegen Aung San Suu Kyi verlängert. Damit kann die Oppositionsführerin nicht an den Parlamentswahlen im kommenden Jahr in Birma teilnehmen. Die internationale Gemeinschaft verurteilte die Verlängerung des Hausarrests.

Trotz aller internationalen Appelle hat die Militärjunta in Birma den Hausarrest gegen Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi verlängert und sie damit von der für 2010 geplanten Parlamentswahl ausgeschlossen. Ein Gericht verurteilte Suu Kyi am Dienstag wegen der Aufnahme eines ungebetenen Gastes zunächst zu drei Jahren Haft. Dies wurde dann aber von der Junta-Führung auf eineinhalb Jahre halbiert, die unter Hausarrest verbüßt werden können. International wurde dies dennoch scharf verurteilt.

Deutschland sprach sich für schärfere Sanktionen gegen Birma aus. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete das Urteil als Hindernis für die Einleitung von politischen und demokratischen Reformen in Birma. Der Prozess sei „mehr Farce als gerichtliches Verfahren“ gewesen und habe gezeigt, „wie wenig elementare Grundrechte in dem südostasiatischen Land gelten“, erklärte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Das Urteil sei ein „Rückschlag für die Menschenrechte“ in Birma.

Frankreich forderte eine Dringlichkeitssitzung des Weltsicherheitsrates. Präsident Nicolas Sarkozy nannte das Urteil „brutal und ungerecht“. Ähnlich äußerten sich auf der britische Premierminister Gordon Brown und UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Amnesty International nannte das Urteil „beschämend“. Suu Kyis „Verhaftung, das Verfahren und der jetzt erfolgte Schuldspruch sind nicht mehr als ein politisches Theater“, erklärte Amnesty-Generalsekretärin Irene Khan. Suu Kyi hätte nie vor Gericht gestellt werden dürfen, erklärte auch US-Außenministerin Hillary Clinton.

Ebenfalls scharfe Kritik gab es von der EU. Der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, dessen Land zurzeit die Ratpräsidentschaft innehat, erklärte, die EU arbeite an Handelssanktionen gegen

staatliche Unternehmen in Birma und Reisebeschränkungen gegen vier Personen, die für das Urteil verantwortlich seien.

Kritik von China unterstützt

Fünf Minuten, nachdem das ursprüngliche Urteil verkündet worden war, kam Innenminister Generalmajor Maung Oo in den Gerichtssaal und erklärte, Junta-Führer General Than Shwe habe das Strafmaß halbiert. Die Reduzierung auf 18 Monate erfolge, um Ruhe und Frieden zu bewahren. Zugleich bekunde diese Entscheidung Respekt vor Suu Kyis Vater Aung San, dem Helden der birmanischen Unabhängigkeit, hieß es. Dies war wohl der Versuch der Junta, der internationalen Kritik Rechnung zu tragen, die auch vom wichtigsten Verbündeten China unterstützt worden war.

Suu Kyi selbst sagte nach der Urteilsverkündung zu den im Gerichtssaal anwesenden Diplomaten: „Ich hoffe, wir können alle für Frieden und Wohlstand in diesem Land arbeiten.“ Sie wurde dann zu ihrem Haus an einem See zurückgefahren.

Sieben Jahre Haft für Eindringling

Die 64-Jährige musste mit einer Haftstrafe bis zu fünf Jahren rechnen. 14 der letzten 20 Jahre hat sie bereits unter Hausarrest verbracht. Beobachtern zufolge ging es der Junta vor allem darum, der Oppositionsführerin eine Teilnahme an der versprochenen Parlamentswahl zu verwehren. „Damit verlieren die für Anfang des Jahres 2010 geplanten Wahlen endgültig jede Legitimität“, erklärte Ulrich Delius, Asien-Referent der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen.

„Die falsche Zeit für härtere Sanktionen“ *Birmas Opposition hofft auf Dialog mit der Junta*
Der Tagesspiegel – 13 August 2009

Was beabsichtigt Birmas Junta mit ihrer Art der Verurteilung von Aung San Suu Kyi und dem Hinweis auf ihren Vater?

Ich weiß nicht, was die Verantwortlichen im Sinn haben, aber es ist wichtig und ein gutes Zeichen, dass sie anerkannt haben, dass sie die Tochter ihres Vaters ist. Er war ein Nationalheld wie seine Tochter, sie könnte auch zum Wohl des Landes beitragen. Wenn General Than Shwe das akzeptiert, könnte er vielleicht überzeugt werden, mit ihr zu diskutieren, wie sie dem Staatsrat für Frieden und Entwicklung, dem SPDC, (der Militärführung, Anm.derRedaktion) helfen könnte, die Wahlen 2010 ruhig zustande zu bringen. Das wäre eine gute Lösung. Der SPDC scheint zuzugeben, dass sie einen Beitrag leisten kann. In dem Fall könnte es in naher Zukunft einen Dialog geben.

Waren Sie erstaunt über die Art und Weise, wie die Strafe verkündet wurde?

Ja, das war ein schlauer politischer Schachzug. Das Gericht wurde gerügt, dass es ihr den Prozess gemacht hat und General Than Shwe war so besorgt, dass er einen Weg gefunden hat, ihr Urteil umzuwandeln. Sie haben einen unhaltbaren Prozess in einen Propagandasieg verwandelt. Es ist aber auch gut, denn obwohl sie unter Hausarrest bleibt, verbessern sich ihre Lebensumstände.

Wo und wie wird sie leben?

Nach meinen Informationen wird sie in ihrem Haus in der University Avenue leben. Ihre 18 Monate können bei guter Führung verkürzt werden. Sie wird Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Sie wird zwei offizielle TV-Sender sehen können, MRTV und Myawaddy. Sie wird die Staatszeitung lesen dürfen und lokale Magazine. Und sie wird Gäste empfangen dürfen, wenn sie von den Behörden eine Genehmigung erhalten hat.

Welchen Einfluss wird das Urteil auf die Wahlen im nächsten Jahr haben?

Wenn es Gespräche mit dem SPDC gibt, könnte der Einfluss groß sein. Es könnte die Art der Wahlen verändern. Statt eines Wettstreits könnte es eine gemeinsame Anstrengung werden, um eine politische Lösung für die gegenwärtige Blockade zu finden. Sie könnte freigelassen werden. Natürlich wäre das das beste Szenario. Das schlimmste wäre, wenn der SPDC das umgewandelte Urteil nur dazu nutzen wollte, um den Druck zu reduzieren und nicht mit Aung San Suu Kyi zu reden.

Wie sollte die internationale Gemeinschaft reagieren? Die EU will die Sanktionen verschärfen.

Die internationale Gemeinschaft sollte sich nach Aung San Suu Kyi richten. Sie scheint zu denken, dass die Lösung akzeptabel ist und es möglich sein könnte, an einer Vereinbarung mit dem Staatsrat zu arbeiten. Wir sollten warten und sehen, was sich in den nächsten paar Wochen entwickelt. Es wäre der falsche Zeitpunkt, jetzt die Sanktionen zu verschärfen.

Harn Yawng hwe (61) leitet das Euro-Birma-Büro in Brüssel. Der Sohn des ersten Präsidenten des unabhängigen Birma engagiert sich für die Demokratisierung. Die Fragen stellte Richard Licht.

Birmas Polizei vereitelt offenbar Attentat bei Ban-Besuch - AFP - 6 august 2009

Die birmanische Polizei hat nach eigenen Angaben während des Besuchs von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon Anfang Juli in Rangun einen Anschlag vereitelt. Der mutmaßliche Attentäter sei am 2. Juli mit Sprengstoff und mehreren Zündern auf einem Markt festgenommen worden, sagte Polizeichef Khin Yee. Es handelte sich demnach um einen 30-Jährigen, der von einer terroristischen Exil-Gruppe ausgebildet und nach Birma geschickt worden sei.

Mit seinem Birma-Besuch am 3. und 4. Juli verfolgte Ban vor allem das Ziel, die Freilassung der birmanischen Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi sowie der mehr als 2100 weiteren politischen Häftlinge in Birma zu erwirken. Der Polizeichef sagte, eine Gruppe namens Energische Birmanische Studentenkämpfer habe geplant, während Bans Besuch und während der Gerichtsverhandlungen gegen Suu Kyi "Unruhe oder eine Explosion" zu verursachen. Die Gruppe habe geplant, Polizeiwagen anzugreifen und ihre Anschläge im Falle eines Schuldspruchs für Suu Kyi zu intensivieren.

Die Oppositionsführerin steht derzeit wegen angeblicher Verstöße gegen ihre Hausarrest-Auflagen vor Gericht. In den vergangenen Monaten wurden in und um Rangun wiederholt kleinere Bombenanschläge verübt. Die Militärjunta macht in der Regel Exil-Gruppen oder Angehörige ethnischer Minderheiten dafür verantwortlich.

Zu Besuch in einer Diktatur Stern.de - 9 august 2009

Sie ist die bekannteste Gegenspielerin der Militärjunta in Myanmar: Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Am Dienstag verkündet ein Gericht, ob sie wieder ins Gefängnis muss - wegen dubioser Vorwürfe. stern.de hat sich in einem der abgeschirmtesten Länder der Welt umgesehen.

U Zaw Win* schaut skeptisch in den Nachmittagshimmel über Yangon. Dunkle, fast schwarze Wolken hängen tief über der ehemaligen Hauptstadt Myanmars. Er kurbelt vorsichtshalber schon einmal die Fenster seines Wagens hoch, kurz darauf prasseln Regentropfen dick wie Hagelkörner auf das Dach. Sein Blick geht suchend über den Parkplatz zum Eingang des Inya Lake Hotels. Bei diesem Wetter braucht jeder Gast ein Taxi, aber es sind keine Kunden in Sicht. Heute nicht. Gestern nicht. Seit Monaten nicht. Der Bitte, seinen Gast um den See zu fahren, kommt er gerne nach. Kurz darauf nimmt er den Fuß vom Gas und zeigt auf einen Uferabschnitt, an dem ein paar Polizisten stehen: "Von hier ist der verrückte Amerikaner zur Lady geschwommen", sagt er halblaut, als bestünde die Gefahr, jemand draußen könne ihn hören. Nach wenigen Metern beschleunigt er wieder.

Am Dienstag soll im nur wenige Kilometer entfernten Insein Gefängnis das Urteil im Prozess gegen Aung San Suu Kyi verkündet werden. Der 64-jährigen Oppositionspolitikerin, die für gewaltlosen Widerstand und zivilen Ungehorsam gegen das Militärregime eintritt, wird von der Regierung vorgeworfen, die Auflagen ihres Hausarrestes verletzt zu haben.

Am 4. Mai dieses Jahres war der Amerikaner John Yettaw quer über den Inya Lake zu ihr geschwommen. Laut Medienberichten habe er erklärt, er sei von Gott dazu aufgefordert worden. Er habe die Friedensnobelpreisträgerin, die seit insgesamt rund 13 Jahren unter Hausarrest steht und kaum Kontakt zur Öffentlichkeit hat, angeblich vor einem bevorstehenden Attentat warnen wollen. Das Regime wirft ihr vor, diesen Besuch den Sicherheitsbehörden nicht gemeldet zu haben. Statt dessen habe Aung San Suu Kyi den Mann mindestens eine Nacht in ihrem Haus übernachten lassen, bevor er zurück ans andere Ufer schwamm und dabei von der Polizei gefasst wurde.

"Die ganze Sache war eine Falle", erklärt U Zaw Win wenig später bei einer Tasse Tee. Er hat Geschichte und Englisch studiert und war in der Demokratiebewegung aktiv, bevor er zusah, wie Soldaten bei den Studentenprotesten 1988 Dutzende seiner Kommilitonen erschossen. Insgesamt starben damals mehrere tausend Studenten. Das Regime habe seit Jahren alles im Land unter Kontrolle, meint er und glaubt deshalb auch nicht daran, dass der Amerikaner Suu Kyi unbemerkt besuchen konnte.

"Es gibt im ganzen Land kein Haus, das besser bewacht wird", sagt er. "Da kommt niemand hinein, ohne dass die Militärs es mitbekommen." Zwei Freunde, die mit am Tisch sitzen, nicken. "Ich weiß gar nicht, wozu die überhaupt verhandeln", fügt einer von ihnen leise hinzu. "Das Urteil steht doch längst fest."

Am 11. August will das Gericht seine Entscheidung verkünden. Was geschieht, wenn die Oppositionsführerin, wie vermutet, zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wird? "Was soll passieren", erwidern die drei Männer erstaunt, als wunderten sie sich über die naive Frage. "Die Militärpräsenz in der Stadt wird dafür sorgen, dass es ein Tag wie jeder andere wird, egal wie der Richter urteilt."

Möglicherweise aber auch nicht. In kaum einem Land ist die politische Situation so schwer einzuschätzen wie in der ehemaligen britischen Kolonie, die seit einem Putsch 1962 von Militärs regiert wird. Die mächtigsten Generäle geben keine Interviews, die staatliche Presse unterliegt strikter Zensur, Kabinettsitzungen finden im Geheimen statt. Selbst Diplomaten, die länger im Land arbeiten, können über die wahren Machtverhältnisse oft nur spekulieren.

Als im September 2007 tausende Mönche auf die Straße gingen, um gegen stark gestiegene Lebensmittel- und Benzinpreise zu demonstrieren, waren sowohl die Militärjunta als auch das Ausland völlig überrascht. Innerhalb weniger Tage breiteten sich die Proteste auf andere Städte des Landes aus. Nach kurzem Zögern schlugen Soldaten sie blutig nieder. Suu Kyi, die am 22. September 2007 etwa 15 Minuten lang mit Mönchen gesprochen hatte, die zu ihrem Arrest-Haus vorgedrungen waren, wurde vorgeworfen, sie verfolge einen "Kurs der Konfrontation und Verwüstung". "Ein Schuldspruch im aktuellen Prozess gegen Aung San Suu Kyi würde die Öffentlichkeit empören", glaubt Aung Din, Direktor der amerikanischen Menschenrechtsorganisation "U.S. Campaign for Burma". "Er würde es den Untergrundaktivisten leichter machen, neue Massendemonstrationen zu organisieren. Verbunden mit dem Druck aus dem Ausland wäre das ein großes Problem für die Regierung." Viele Menschen in Myanmar halten das für Wunschdenken.

Seit Beginn des Prozesses Mitte Mai gab es nur zwei kleine Proteste: Auf einer Brücke im Zentrum Yangons stand eines Morgens ein Graffiti: "Freiheit für Daw Aung San Suu Kyi". Am Abend war es übermalt. Ein paar Tage später stand ein Mann vor dem Insein Gefängnis. Er trug ein T-Shirt mit derselben Aufforderung. Nach wenigen Minuten hatten ihn Zivilpolizisten verhaftet.

"Niemand weiß, wie groß ihre Unterstützung in der Bevölkerung wirklich ist", sagt ein westlicher Geschäftsmann, der seit langem in Myanmar lebt. "Genau das ist das Problem der Generäle." Sie haben sich bereits zweimal getäuscht. Im Mai 1990 erlaubte die Junta demokratische Wahlen, die Aung San Suu Kyi mit ihrer Partei Nationale Liga für Demokratie (NLD) haushoch gewann. Die Militärs erkannten das Ergebnis nicht an, die Oppositionsführerin hatten sie bereits kurz vor den Wahlen unter Hausarrest gestellt. Im Jahr 2002 gestatteten sie ihr erneut, frei durch das Land zu reisen, weil sie glaubten, ihre Popularität sei mittlerweile verblasst.

Die öffentlichen Auftritte wurden innerhalb weniger Monate zu Triumphzügen, wo immer sie hinreiste, jubelten die Menschen ihr zu. Schließlich verkörperte Suu Kyi die Hoffnung der Menschen auf politischen Wandel und Demokratie. Nach einem Jahr verbannten die Generäle sie wieder in ihr Haus am Inya Lake in Yangon, hoffend, sie würde dort endlich in Vergessenheit geraten. Das ist sie nicht, auch wenn es im Land nach der Urteilsverkündung ruhig bleiben sollte. "Die Menschen", sagt U Zaw Win, "lieben die Lady noch immer. Aber sie dürfen es nicht zeigen."